Umkämpftes Projekt Europa : europapolitische Debatten der Gewerkschaften seit den 1970er-Jahren

Autor(en): **Rieger, Andreas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 65

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652649

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Andreas Rieger

Umkämpftes Projekt Europa

Europapolitische Debatten der Gewerkschaften seit den 1970er-Jahren

Das europäische Projekt, das uns heute als EU mit neoliberaler Austeritätspolitik und einem grossen Demokratiedefizit entgegentritt, hat im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Phasen durchlebt, in denen auch die Gewerkschaften unterschiedliche Rollen spielten. Die Ursprünge des Projekts liegen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Gewerkschaften in den meisten Ländern eine wichtige Rolle im Aufbau demokratischer, friedlicher und sozial stärker ausgeglichener Gesellschaften spielten. Die embryonale Form der heutigen EU, die Montanunion von 1951, war ein gemeinsamer industriepolitischer Ansatz Deutschlands und Frankreichs, dem die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch aus friedenspolitischen Gründen sehr positiv gegenüberstanden. Die Montanunion und die Römer Verträge von 1957 standen für einen kooperativen Ansatz – der Wettbewerb spielte als Systemwettbewerb vor allem gegen den Osten. Ausdrücklich wurden damals das Ziel der Harmonisierung der Standards nach oben und jenes der Gleichstellung der Wanderarbeiter festgelegt (Dufresne/Pernot 2013, 4). Für die Gewerkschaften war das ein klarer Fortschritt im Rahmen eines Wachstumspakts.

In der Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wie sie damals hiess, ging es in den 1970er- und 1980er-Jahren sodann um einen umfassenden Abbau wirtschaftlicher Schranken zwischen den beteiligten Staaten, wobei das kooperative Element vorerst noch ausgeprägt war und der Wettbewerb weiterhin gegenüber dem Osten, aber auch gegenüber den USA, Japan u. a. spielte. Ab den 1980er-Jahren wendet sich die Strategie in Richtung eines Wettbewerbseuropa: Der Binnenmarkt im Innern sollte von allen Hürden befreit werden, die sich dem Fluss von Kapital, Waren, Arbeitskräften und Dienstleistungen entgegenstellten. Dies geschah jedoch, ohne dass umfassende Standards bezüglich Steuern, Löhnen, Sozialleistungen usw. zwischen den sehr ungleich entwickelten Mitgliedsnationen definiert wurden. Nun sollte der Standortwettbewerb *zwischen* den Nationen im Innern der EWG angetrieben werden mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenten USA, Japan und anderen zu stärken.

Wettbewerb *und* soziale Regulierung in der Zeit des New Deal

Flankiert wurde das Wettbewerbsmodell mit dem Kohäsionsfonds, der als Ausgleich die Investitionen in den weniger entwickelten Ländern und Regionen ankurbeln sollte. Andererseits wurde den Gewerkschaften versprochen, in einigen Bereichen der Arbeits- und Sozialpolitik minimale gleiche Standards zu entwickeln und eine Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene zu institutionalisieren. Man kann von einem «verspäteten Neokorporativismus auf der europäischen Ebene» oder von einem «New Deal» (Kowalsky 2014, 621f.) sprechen, welcher ab 1986 eingeleitet wurde, insbesondere durch den damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Dem Maastrichter Vertrag von 1992, welcher das Wettbewerbseuropa verfassungsmässig verankerte, war ein Sozialprotokoll angefügt, das die Mitarbeit der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der Ausarbeitung europäischer Regulierungen vorsah. Aus diesem «sozialen Dialog» sind in der Folge einige verbindliche fortschrittliche Mindeststandards entstanden, so der (bezahlte) Mutterschafts- und der (unbezahlte) Elternurlaub, so auch die Standards zur Gleichstellung. Gleichzeitig hat die Kommission auf Drängen der Gewerkschaften verschiedene soziale Richtlinien erlassen: zur Mitwirkung im Betrieb bei Massenentlassungen und Restrukturierungen; zur Arbeitssicherheit und Gesundheit; zu den Europäischen Betriebsräten usw. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) konnte solche Fortschritte befördern, indem er einerseits in Brüssel Eingaben machte und andererseits via sozialdemokratische Regierungen in einigen Ländern für Sukkurs sorgte. Diese Mechanik ermöglichte während einer gewissen Zeit effektive Schritte in Richtung des von den Gewerkschaften angestrebten «sozialen Europa». Dieses sollte nach dem Willen des EGB in einer europäischen Verfassung als «soziales Europa der Bürger» verankert werden (Kowalsky 2014, 626f.). Daraus wurde nichts. Der Lissabonner Vertrag, die aktuelle Quasiverfassung der EU, sieht die sozialen Rechte erneut nur in separierter Form vor, in der angehängten «Charta der Grundrechte». Die Hierarchie der verfassungsmässigen Marktfreiheiten und der sozialen Rechte ist dabei nicht geklärt worden.

Die Wettbewerbsmaschine läuft an

Während die europäischen Gewerkschaften weiterhin die Ansätze eines sozialen Europa verfolgten, setzte sich in der Realität immer mehr die mächtige Wettbewerbsmaschine durch, beschleunigt durch die Osterweiterung. Sie setzte eine infernalische Dumpingspirale in Gang, und dies bereits ein Jahrzehnt vor der grossen Krise: Länder wie Polen, Irland und andere dumpten bei den Steuern, bei den Löhnen, bei den Sozialleistungen und setzten damit andere unter Druck, die Steuern ebenfalls zu senken und staatliche Leistungen abzubauen. Schrittweise verschärfte Schuldenbremsen («Six-

Pack», Stabilitätspakt usw.) sorgten in den letzten Jahren dafür, dass der öffentlichen Hand immer weniger Mittel blieben für die Erhaltung der Infrastrukturen, geschweige denn für eine Industriepolitik oder andere Investitionen. Dies gilt nicht nur für die Länder des Südens, sondern auch für Deutschland, wo Infrastrukturen von Kommunen und Ländern stark vernachlässigt wurden. Diese Mechanik liess die Gewerkschaften hilflos aussen vor, denn sie tritt ohne vorgängige Verhandlungen oder parlamentarische Beschlüsse automatisch in Funktion, genauso wie es das neoliberale Schulbuch vorsieht. Gleichzeitig gingen dem EGB in dieser Periode Bündnispartner verloren, über die er bis anhin Einfluss nehmen konnte (Wahl 2012): Die sozialdemokratischen Regierungen waren zunehmend Teil des reinen Wettbewerbseuropa und stützten das «soziale Europa» immer weniger, so die Regierungen Blair (ab 1997) und Schröder (ab 1998).

Die Wettbewerbsmaschine brach nun auch in die Bereiche ein, in denen die Gewerkschaften sich noch sicher gefühlt hatten: Polnische und Estnische Unternehmer klagten dagegen, dass sie in Schweden oder in Deutschland in ihrer Markt- und Dienstleistungsfreiheit beschnitten würden durch Streiks und Tarifverträge. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gab ihnen recht. Er interpretierte die bestehende juristische Basis im Sinne eines Vorrangs der Marktfreiheiten gegenüber den Sozialrechten. So treibt die Wettbewerbsmaschine nun die Harmonisierung nach *unten* an – die in den ersten Verträgen vorgesehene Harmonisierung nach *oben* wurde ab 1997 in den Verträgen nicht mehr festgehalten (Dufresne/Pernot 2013, 4).

Gegenüber dieser Politik ging der EGB, welcher bisher in einer beinahe symbiotischen Beziehung mit dem EU-Projekt gestanden hatte, ab Mitte der 2000er-Jahre zunehmend in Opposition (Dufresne/Pernot 2013, 15f.). Erfolgreich bekämpften die Gewerkschaften, zusammen mit Attac und anderen sozialen Bewegungen 2006 die «Bolkestein-Richtlinie», welche den Dienstleistungsfreiheiten den absoluten Vorrang geben wollte. Der EGB konnte auch die flexibilisierte Arbeitszeitrichtlinie verhindern. Von Schritten in Richtung eines sozialen Europa und einer Harmonisierung nach oben war aber schon nichts mehr zu sehen, als 2008 die grosse Finanzkrise einschlug. Die alte Mechanik der Politikbeeinflussung funktionierte nicht mehr, da die Europäische Kommission spätestens ab 2010 den EGB mit seinen Forderungen nur noch als lästiges Hindernis ihrer Deregulierungs- und Austeritätspolitik wahrnahm und der Sukkurs durch nationale sozialdemokratische Regierungen auch nicht mehr funktionierte.

Die Krise wirft die Ansätze eines sozialen Europa zurück

Auf den ersten Kriseneinbruch 2008 reagierten die EU-Länder zuerst mit teuren Bankenrettungen, sodann mit kurzfristig angesetzten keynesianischen Interventionen (Energieprogramme, Abwrackprämien, Kurzarbeit

usw.). Seit dem zweiten Kriseneinbruch ab 2010 verfolgt die EU-Kommission dagegen einen rein neoliberalen Weg. Nun wurde die Krise neoliberal umgedeutet (Crouch 2011) als «Schuldenkrise» der Peripherieländer. Damit erhielten die Austerität beim Staat und die Deregulierung der Arbeitsmärkte mit dem Ziel der Senkung der Löhne und Sozialleistungen oberste Priorität. Diese Politik und ihre sozialen Folgen sind inzwischen breit analysiert und diskutiert worden (neueste Publikationen: Lehndorff 2014; Sozialismus 2014), sodass hier auf weitere Ausführungen verzichtet werden kann. Die Folgen für die sozialen Errungenschaften der Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Organisationen selber sind in vielen Ländern verheerend: Lohnabhängige und RentnerInnen müssen in vielen Ländern Rückschritte hinnehmen, wie es sie seit den 1930er-Jahren nie mehr gegeben hat. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften wurde vielerorts durch die Kreditauflagen der EU massiv geschwächt, sei es indem die durch Tarifverträge abgedeckten Beschäftigungsbereiche reduziert wurden (Griechenland, Portugal usw.), sei es indem die Flächentarifverträge mit betrieblichen Öffnungsregelungen durchlöchert wurden (Spanien, Irland, Rumänien usw.). Die jahrzehntelang geübte Praxis der Mitwirkung der Gewerkschaften bei staatlichen Revisionen des Arbeitsrechts oder der Sozialversicherungen sind heute nicht nur in Ländern unter Troika-Aufsicht infrage gestellt, sondern auch in Ländern wie Belgien und Luxemburg (Müller/Schulten 2013).

Welches waren die Reaktionen der Gewerkschaften und des EGB? Sie haben von Beginn der Krise an die herrschende Krisendiagnose zurückgewiesen und eine andere Therapie verlangt. Für die Gewerkschaften ist die Analyse falsch, dass die meisten Staaten über ihre Verhältnisse gelebt hätten und deshalb jetzt sparen müssten – viele Staaten hatten Schulden gemacht, um die Banken zu retten. Ebenso falsch ist die These, dass die Lohnabhängigen dank zu grosser Lohnerhöhungen über ihre Verhältnisse gelebt hätten – im Gegenteil stagnierten die Einkommen und die Lohnquote sinkt seit längerem. Falsch ist auch die Therapie, welche durch Deregulierung der Arbeitsmärkte diese wieder fit machen und die Arbeitslosigkeit mindern will. In diesen Punkten herrschte in den Gewerkschaften Einigkeit von Süd bis Nord. Etwas länger brauchte die Diskussion 2011/12 über die Eurobonds, mit denen die EU für die von den Finanzmärkten attackierten Länder des Südens garantieren sollte. Aber auch dazu setzte sich im EGB eine einheitliche Position durch – anders als in der europäischen Sozialdemokratie. 2013 einigte man sich im EGB schliesslich auf ein grosses europäisches Investitionsprogramm («Marshallplan») als Alternative zur Austeritätspolitik. Finanziert werden soll dieses Programm durch eine Krisenabgabe, die je nach Land auf hohen Vermögen oder hohen Einkommen erhoben wird, und durch die Transaktionssteuer. Schliesslich waren

sich alle einig, dass die Gewerkschaften in Deutschland und anderen hoch produktiven Ländern grosse Lohnerhöhungen durchsetzen müssten, um die Ungleichgewichte zu korrigieren. Tatsächlich begannen die grossen deutschen Gewerkschaften ver.di und IG Metall vermehrt zu kämpfen und zu streiken, um ab 2010 wieder grössere Lohnerhöhungen zu erreichen.

Das Problem der europäischen Gewerkschaften lag insgesamt also weniger bei der Programmatik oder der Fähigkeit, eine gemeinsame Antwort zu formulieren. Vielmehr waren sie in der neuen Konstellation völlig durchsetzungsschwach:

- Viele Gewerkschaften zogen sich faktisch in ihre Nationen zurück, um Land für Land *Abwehrkämpfe* zu führen und Schlimmeres zu verhindern. In mehreren Ländern ist die Streikkurve nach oben geschnellt, in anderen wurden politische Kampagnen geführt, so in Deutschland gegen die Hungerlöhne und für den gesetzlichen Mindestlohn.
- Gleichzeitig war der EGB hilflos, wenn es darum ging, eine *gemeinsame Kampagne* gegen die Politik der Europäischen Kommission und für eine Alternative zu entwickeln. Im Laufe der Krise wurden immer wieder dezentrale Aktionstage ausgerufen, von denen aber nur jener vom 14. November 2012 erfolgreich war. Im Vorfeld des 14. November hatten sich die «Lateiner» im EGB frühzeitig untereinander abgesprochen und ihre Generalstreiks zeitlich zusammengelegt, sodass an diesem Tag fast eine Million Personen protestierte. Andere Aktionstage gingen dagegen fast unbemerkt über die Bühne. Auch den zentral durchgeführten Euro-Demos war unterschiedlicher Erfolg beschieden: Es nahmen zwischen 20 000 und 300 000 Personen teil.
- Trotz endloser Diskussionen war der EGB schliesslich nicht in der Lage, eine Europäische Bürgerinitiative zu lancieren – zur Diskussion standen ein Vorschlag gegen das Lohndumping und später ein Vorschlag für einen grossen Investitionsplan. Derweil realisierte die Föderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Thema «Wasser als öffentliches Gut» und zeigte, dass dieses Instrument durchaus interessant ist.

Alles in allem zeigte sich, dass der EGB in der Krise nicht viel mehr als eine Dachorganisation mit einem Lobby-Sekretariat in Brüssel war. Unter den neuen Bedingungen kann sich der EGB jedoch nur durchsetzen, wenn er ein soziales Kräfteverhältnis schaffen kann. Dies setzt voraus, dass grosse nationale Verbände verbindlich gemeinsame Aktionen beschliessen, wie dies im November 2012 der Fall war.

Neuer Schub der Europäisierung der Politik

Gleichzeitig haben die Krise und ihre Auswirkungen eine Europäisierung verschiedener Politikbereiche in der EU beschleunigt. Nun wurde allen

klar, dass eine Einheitswährung ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ein Unsinn ist. Deshalb beginnt die EU-Kommission jetzt über die Fiskalpolitik hinaus eine Bankenpolitik zu betreiben, und die EZB fährt die Geldpolitik hoch. Klare Absicht der EU-Behörden ist, in Zukunft verstärkt Arbeitsmarktpolitik, Lohnpolitik, Sozialpolitik usw. zu betreiben. Sie haben bereits damit begonnen, zuerst in den Ländern unter dem Regime der Troika oder des Euro-Rettungsschirmes, sodann mit «Empfehlungen» im Rahmen des «Europäischen Semesters» bei allen Ländern. Und dies, ohne dass diese Zentralisierung in irgendeiner Weise demokratisch abgestützt wäre.

Was beispielsweise im Juni 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters installiert wurde, ist ein «Gruselkabinett» des Neoliberalismus: a) Neun Länder müssten Teile ihres öffentlichen Dienstes liberalisieren; b) 17 Ländern wird empfohlen, das Rentenalter in Richtung 67 zu erhöhen oder mit einem Automatismus an die Lebenserwartung zu knüpfen; c) mehreren Ländern wird eine weitere Deregulierung der Kollektivverträge verschrieben, insbesondere mit betrieblichen Öffnungsklauseln, die eine Unterbietung im Rahmen der Flächentarifverträge ermöglichen; d) zehn Ländern wird eine «Lohnmässigung» empfohlen, sie sollen Tariflöhne und Mindestlöhne einfrieren.

Thorsten Schulten und Thorsten Müller sprechen zu Recht von einem neuen «lohnpolitischen Interventionismus» der EU-Kommission (Müller/Schulten 2013). Obligatorisch sind diese Richtlinien derzeit erst für die unter Aufsicht gestellten Länder. Aber wenn die Entwicklung so weitergeht, dürfte es nicht mehr lange dauern, bis die Einhaltung der Empfehlungen zur Voraussetzung wird für den Empfang von EU-Geldern (Subventionen, Ausgleichszahlungen usw.).

Alternativen für Europa aus gewerkschaftlicher Sicht

In dieser Situation wird nun in der europäischen Gewerkschaftsbewegung die Zukunft diskutiert. Muss man sich dieser Art der Europäisierung entgegenstellen? Gegen zusätzliche Kompetenzen für die EU ankämpfen, um weiterhin vor allem im nationalen Rahmen operieren zu können? Einige Theoretiker haben dies empfohlen, so Wolfgang Streek (vgl. die Debatte in der Zeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik,* 2013). Einige Gewerkschaften im EGB tendieren faktisch in diese Richtung, z. B. die Gewerkschaften der nordeuropäischen Länder, die einiges zu verlieren haben, wenn die Politik der EU die Niveaus nach unten angleicht.

Für viele GewerkschaftsexponentInnen, die sich zu Worte melden, ist eine weitere Europäisierung jedoch unumkehrbar. Die EU-Behörden werden wirtschaftspolitisch künftig stärker intervenieren. Die grosse Frage ist jedoch, ob die europäische Wirtschaftpolitik demokratisch abgestützt

wird und wie sie sich ausrichtet. Frank Bsirske von der deutschen Gewerkschaft ver.di verwendet dafür die Formel «Mehr Europa, aber anders». Ein gemeinsamer Aufruf vieler GewerkschaftsexponentInnen, WissenschaftlerInnen und anderer verlangte 2013 unter dem Titel «Europa neu begründen», dass das Europa-Projekt auf eine neue Basis gestellt wird.[1] Exponenten der IG Metall sprechen von einem anstehenden »Pfadwechsel in der Europapolitik» (Lemb/Urban 2014).

Sofern man nicht davon ausgeht, dass sowohl der Euro wie die EU sich in den nächsten Jahren krisenhaft rückwärts entwickeln werden, braucht es unbedingt eine gemeinsame alternative Wirtschaftpolitik. Und wenn man die Wettbewerbsmaschine innerhalb der EU stoppen will, dann geht es nicht ohne gemeinsame Standards. Bei den Steuern sind z. B. Unternehmenssteuern in der Höhe von 30 Prozent angemessen, wie dies der europäische Steuerappell verlangt.[2] Bei den Löhnen sind z. B. Mindestlöhne nötig, bemessen in Prozent der nationalen Medianlöhne.[3] Bei den Renten braucht es z. B. eine definierte Mindestersatzquote gegenüber dem vorangegangenen Lohn (Busch/Bsirske 2014). Ferner steht eine ergänzende europäische Arbeitslosenversicherung zur Diskussion. Für die Durchsetzung solcher Forderungen bedarf es einer erneuerten europäischen Verfassungsgrundlage, welche sowohl die demokratischen Institutionen stärkt als auch den Primat sozialer Grundrechte garantiert.

Natürlich bleibt die EU auch in dieser Perspektive ein Mehrebenenprojekt, in dem vieles subsidiär geregelt werden muss: Lohnpolitik soll – auf der Basis des Prinzips «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» – weiterhin autonom zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden, was noch für sehr lange Zeit vor allem auf nationaler Ebene geschehen wird. Ähnliches gilt für die Sozialpolitik, wo auf europäischer Ebene nur Mindeststandards oder Ausgleichsmechanismen definiert werden sollen. Aber dies ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften sich auf europäischer Ebene wirksam koordinieren. «Wollen die Gewerkschaften einen [...] wirkungsmächtigen Beitrag zum überfälligen Pfadwechsel in Europa leisten, stellen sich [...] neue Anforderungen an ihr europapolitisches Mandat.» (Lemb/Urban 2014, 59)

Den Europäischen Gewerkschaftsbund neu begründen

Wenn eine europapolitische Wende ernst gemeint sein soll, dann muss sich auch der EGB ändern. Er kann nicht weiterhin eine Lobby-Existenz in Brüssel fristen, sondern muss seine Entscheidungsfindung und vor allem seine Durchsetzungsfähigkeit europäisieren. Dies bedingt auch, dass die nationalen Gewerkschaftsbünde wieder mehr Verantwortung im Kampf um eine gewerkschaftliche Antwort auf europäischer Ebene übernehmen. Es gilt z. B. ein gewerkschaftliches «Gegen-Semester» auf europäischer

Ebene zu entwickeln und durchzusetzen. Für die Rolle des EGB bedeutet das:

- Er muss die gemeinsamen Antworten der Gewerkschaften auf die neue Politik der EU-Behörden formulieren;
- er muss das gemeinsame und einigende Band der europäischen Bewegung sein;
- er bzw. die EGB-Führung muss eine Leaderrolle spielen und dabei auf aktiv teilnehmende Bünde zählen können. Diese werden ihre Kompetenzen kaum nach Brüssel an das EGB-Sekretariat abgeben, aber wenn sie mitentscheiden in den EGB-Gremien, können und müssen sie die Entschlüsse mittragen und umsetzen;
- er muss auf europäischer Ebene kampagnen- und mobilisierungsfähig werden. «Ein Politikwechsel fällt nicht vom Himmel. Für ein Europa mit qualitativem Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit müssen Gewerkschaften soziale Bewegungen, Kirchen und Parteien mobilisieren», hält Frank Bsirske fest.[4]

Die Diskussionen über diese Fragen beginnen nun im Hinblick auf den nächsten Kongress des EGB, welcher im September 2015 stattfinden wird.

Europadebatten in den Schweizer Gewerkschaften

Die Schweizer Gewerkschaften haben sich grundsätzlich immer als ein Teil der europäischen Bewegung verstanden. Der SGB war 1973 an der Gründung des EGB beteiligt. An den Diskussionen über die Weiterentwicklung der EWG und später der EU beteiligten sich die Schweizer Gewerkschaften aber kaum, lag doch ein möglicher Beitritt der Schweiz in weiter Ferne. Bis 1995 waren VertreterInnen des SGB eher als Zaungäste an Anlässen des EGB anwesend.

Anders war die Situation in den europäischen Branchenföderationen des Baugewerbes, der Metallindustrie oder des öffentlichen Dienstes: Hier waren ExponentInnen der wichtigsten Branchengewerkschaften GBH/GBI, SMUV, SEV, syndicom und VPOD seit langem aktiv dabei. Denn hier wurden Regulierungen auf europäischer Branchenebene debattiert, die auch für die entsprechenden Wirtschaftsbranchen in der Schweiz von unmittelbarer Bedeutung sein konnten; so z. B. Fortschritte in der Entwicklung der kollektivvertraglichen Arbeitsbedingungen und des Gesundheitsschutzes. Die erste grössere europapolitische Debatte fand 1991 vor der Volksabstimmung über den EWR-Beitritt der Schweiz statt. Im SGB festigte sich die Position einer Zustimmung zum EWR, kombiniert mit der Forderung nach Massnahmen zur Flankierung der Personenfreizügigkeit. In der gewerkschaftlichen Bewegung war jedoch die europapolitische Ausrichtung neu, genauso wie in der gesamten Linken. Die Diskussionen gingen deshalb in alle Richtungen. Die einen votierten für den sofortigen

Eintritt in die damalige EG, da nur so eine Mitbestimmungsmöglichkeit bestehe, während der EWR den automatischen Nachvollzug zumindest bei wirtschaftlichen Regulierungen erzwinge. Einige riefen in diesem Sinne zu einem Nein bei der EWR-Abstimmung 1992 auf. Für andere waren die EG wie auch der EWR nichts als ein Projekt der Unternehmer, zu dem man Nein sagen solle. Natürlich grenzten sich alle Exponenten in der Gewerkschaft wie in der Linken von der isolationistischen Logik des Milliardärs und rechtsnationalistischen Politikers Christoph Blocher ab, welcher der stark polarisierten Abstimmungsdiskussion jedoch immer mehr seinen Stempel aufdrückte. Je näher die Abstimmung kam, desto klarer setzte sich in den Gewerkschaften ein Ja zur EWR-Vorlage durch. Exponenten von GTCP, GBH, SMUV und VPOD waren massgeblich beteiligt an der Plattform «Für eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa – Kritisch für den EWR».[5] Sie integrierte schliesslich grosse Teile der Linken bis zur äusseren Linken.

Die Ablehnung des EWR in der Abstimmung von 1992 war primär ein klarer Erfolg Blochers und konnte die Neinsager aus dem fortschrittlichen Lager schliesslich alles andere als glücklich machen. Es brauchte Jahre, um den bilateralen Weg mehrheitsfähig zu machen, und dies wäre ohne die Zusicherung flankierender Massnahmen nicht gelungen. In jener Zeit haben sich die Schweizer Gewerkschaften verstärkt mit den Entwicklungen in der EU befasst und sich an europäischen Gewerkschaftsstrukturen beteiligt. Gleichzeitig konnten die Lohnabhängigen in der Schweiz auch punktuell von den sozialen Verbesserungen in der EU profitieren, insbesondere mit dem Gesetzespaket Swisslex von 1994. Von der betrieblichen Mitwirkung (u. a. bei angekündigten Massenentlassungen) über verbesserte Bestimmungen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz bis zum Mutterschaftsschutz kamen so einige soziale Verbesserungen in die Schweiz (Baumann 1999). Mit dem Abschluss der bilateralen Verträge wurden sodann die Personenfreizügigkeit und die Entsendegesetzgebung eingeführt.[6]

Verstärktes Engagement in Europa statt nationaler Rückzug

Seit Mitte der 2000er-Jahre, als die Dominanz der neoliberalen Politik immer stärker wurde, erhielten die von der EU ausgehenden Impulse mehrheitlich eine andere Ausrichtung, und die EU verlor zusehends an Attraktivität. In dieser Situation wäre ein Rückzug des SGB aus dem EGB eine durchaus mögliche Reaktion gewesen. Im Bewusstsein der Gefahren einer national bornierten Ausrichtung kam dies jedoch nicht infrage.[7] So war der SGB am EGB-Kongress 2006 in Sevilla sehr präsent und brachte Anträge zugunsten einer europäischen Kampagne für mehr Lohn und für Mindestlöhne ein – als Antwort auf das zunehmende Lohndumping. Nach den

Urteilen des EuGH engagierte sich der SGB zusammen mit ver.di und anderen für eine europäische Kampagne «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» und für die Revision der Entsenderichtlinie. Am Kongress von Athen 2011 stellte der SGB zusammen mit der christlichen Dachorganisation Travail.Suisse Anträge in dieser Richtung, blieb aber bezüglich der Lancierung einer Europäischen Bürgerinitiative ohne Erfolg. Seit der zweiten Krisenphase 2011/13 engagierte sich der SGB-Vertreter zusammen mit dem DGB und dem ÖGB für einen europäischen Investitionsplan («Marshallplan») und für eine Kampagne gegen die Austeritätspolitik. Delegationen von Mitgliedern der Unia und anderer SGB-Verbände nahmen an den meisten Eurodemos teil, von der Lohndemo in Ljubljana 2007 über die Antikrisendemo in Berlin 2009 bis zur Demo für Investitionen statt Austerität in Brüssel 2014.

Die Politik der Schweizer Gewerkschaften auf der Ebene der europäischen Gewerkschaftsbewegung basiert auf einer einfachen Grundlage: Die Lohnabhängigen in der Schweiz haben ähnliche oder gleiche Probleme wie die Lohnabhängigen in der EU. Immer mehr Lösungen müssen gemeinsam erkämpft werden, auch wenn die Schweiz nicht Mitglied der EU ist. Die bilateralen Abkommen und die Personenfreizügigkeit stellen dafür einen minimalen gemeinsamen Rahmen dar. Dieser ist seit der Volksabstimmung gegen die Zuwanderung vom 9. Februar 2014 infrage gestellt. Gelingt es nicht, diesen Trend wieder zu wenden und kommt es mit einer Einführung von Kontingenten zum Bruch der bilateralen Verträge mit der EU, wird die Schweiz endgültig zum «Sonderfall» und als ein weiteres «Monaco» in Europa enden. Die Strategie der Zusammenarbeit der Schweizer Gewerkschaften mit den europäischen würde damit sehr schwierig werden. Dies zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften in den nächsten Jahren zu verhindern ist eine riesige Aufgabe der Gewerkschaften.

Anmerkungen

1 Europa neu begründen! www.europa-neu-begruenden.de. Erstunterzeichner: R. Hickel, F. Bsirske, S. Lehndorff, A. Buntenbach, H.-J. Urban u. a.

2 Appell für einen europäischen Steuerpakt. Denknetz, Unia, ver.di, Attac u. a. www.steuerpakt.org.

3 Der EGB setzte in seinem «Sozialvertrag für Europa» von 2012 das Ziel, dass die Mindestlöhne 60 Prozent des Medianlohns erreichen soll, mindestens aber 50 Prozent.

4 Frank Bsirske, Gegenblende DGB, 19. Mai 2014.

5 InitiantInnen des Aufrufs waren Hans Schäppi, Paul Rechsteiner, Susanne Leutenegger Oberholzer, Vasco Pedrina, Peter Bodenmann u. a. Es gab mehr als 100 MitunterzeichnerInnen, von der SP über die Grünen und die PdA bis zur SAP.

6 Vgl. den Beitrag von Vania Alleva und Vasco Pedrina in diesem Heft.

7 Vertreter des SGB im EGB waren bzw. sind: ab 1998: Hans Schäppi; 2005 bis 2012: Vasco Pedrina; ab 2013: Andreas Rieger.

Literatur

Baumann, Hans, 1999: EU und Sozialdumping in der Schweiz. Personenfreizügigkeit, erzwungene Arbeitsmigration und soziale Schutzvorkehrungen. In: Widerspruch, Heft 37, Zürich, 69–81

Baumann, Hans, 2005: Freier Personenverkehr und EU-Erweiterung. Genügen die flankierenden Schutzmassnahmen? In: Widerspruch, Heft 48, Zürich, 145–158

Blätter für deutsche und internationale Politik, 2013: Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise. Mit Beiträgen von Wolfgang Streek, Elmar Altvater, Jürgen Habermas, Hans-Jürgen Urban u. a., Nr. 5, Berlin

Busch, Klaus / Bsirske, Frank, 2014: Zurück auf Los: Die grosse Koalition und die Eurokrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, Berlin, 95–102

Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt a. M.

Degryse, Christophe, 2013: 1973–2013 – 40 ans d'histoire de la Confédération européenne des syndicats. European Trade Union Institut, Brüssel

Dufresne, Anne / Pernot, Jean Marie, 2013: Les syndicats européens à l'épreuve de la nouvelle gouvernance. In: Chronique internationale de l'IRES, November, Noisy-le-Grand, 3–29

Erne, Roland, 2008: European Unions. Labour's quest for a transnational democracy. Ithaca/London

Kowalsky, Wolfgang, 2014: Europäischer Gewerkschaftsbund: politische Entwicklung. In: Schröder, Wolfgang (Hg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Berlin (2. Aufl.), 617–636

Lehndorff, Steffen (Hg.), 2014: Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg

Lemb, Wolfgang / Urban, Hans-Jürgen, 2014: Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4, Hamburg, 42–54

Müller, Thorsten / Schulten, Thorsten, 2013: Ein neuer lohnpolitischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 39, Wien, 291–321

Pedrina, Vasco, 2014: Ein soziales Europa ist dringender denn je! In: Sozialismus, 7/8, Hamburg, 48–52

Sozialismus, 2014: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4, Hamburg

Wahl, Asbjörn, 2012: European labour: Political and Ideological Crisis. In: Zeitschrift Luxemburg, 2, Hamburg